

# Ein Kopftuchverbot für Schülerinnen bringt gar nichts

**Gastkommentar.** Besser als Zwangsmaßnahmen wären Aufklärung und Information.

VON INGRID THURNER

Längst sind alle des Dauerbrenners Kopftuch überdrüssig, Musliminnen und Nicht-Muslime. Dennoch finden sich immer wieder Politikerinnen und Kommentatoren, die das Thema neu erfinden wollen. Ganzkörperverhüllungsverbote hat man schon hingekriegt, um die rechte Hälfte der Gesellschaft zufriedenzustellen. Jetzt geht es um Bedeckungsverbote in Schulen. Oder es geht fantasievoll nicht um Verbote, sondern um Forderungen nach kopftuchfreien Arealen, was in der gelebten Praxis auf das Gleiche hinausläuft.

Jetzt werden also Kinder instrumentalisiert, um muslimfeindliche Positionen zu begründen, gern auch mit Einzelfällen argumentierend, die dann zum Anlass für Bevormundungen von allen genommen werden. Es sei daran erinnert, dass Minderjährige unter der Obhut ihrer gesetzlichen Vertreter stehen, die für sie verantwortlich sind. Idealerweise werden Kinderwünsche bis zur Volljährigkeit innerfamiliär und diskursiv in Entscheidungsfindungen mit einbezogen.

Kinder gleichen sich gern Erwachsenen an, spielen erwachsen. Kleine Mädchen lieben es, die Kleider der Mütter zu tragen. Irgendwann kann sich das umdrehen, etwa in der Pubertät. Jugendliche wollen dann das genaue Gegenteil von dem, womit die Eltern glücklich wären. Innerfamiliäre Differenzen und Lernprozesse sind normal und müssten eigentlich bei allen Erinnerungen an die eigene Biografie wecken.

## Nicht durchdachtes Verbot

Forderungen nach staatlicher Durchsetzung von Kleiderordnungen sind nicht durchdacht. Was ist mit den Bedeckungen von Juden und Sikhs, was ist mit Perücken und Hauben im Winter? Selbst wenn mittels juristischer Spitzfindigkeit belastbare Verbalkonstruktionen gefunden werden können, löst ein Verbot kein Problem, führt vielleicht zur Abschottung. Denn

Eltern können die Töchter auch in Privatschulen schicken. Segregation ist aber das Gegenteil von Integration, die politisch vorgeblich gewollt wird. Auch würde bereits kleinen Kindern vermittelt, dass freie Religionsausübung in Österreich nicht selbstverständlich ist.

## Glauben kann man nicht üben

Besser als Zwang wären Aufklärung und Information. Wenn der politische Wille es zuließe, könnten durch Überzeugungsarbeit von Schulen, Beratungsstellen, Sozialarbeitern – mit medialer Unterstützung – im Meinungsaustausch mit muslimischen Familien sozialisierte Geschlechterrollen und Bekleidungspraktiken diskutiert und Lösungen gefunden werden.

Was in der Debatte selbst von nichtreligiösen Meinungsbildnern gern übersehen wird, ist, dass man einen Glauben, der auf Transzendenz beruht, nicht einfach schulisch vermitteln und ausprobieren kann wie Basteln und Stricken. In einem konfessionsübergreifenden Unterricht alle Kinder Kopftücher wickeln zu lassen, die sie dann in der Schule nicht tragen dürfen? Zum besseren Verständnis aller? Vielleicht anschließend konfessionsübergreifend wie in der katholischen Messe Wein trinken und Hostien probieren, damit alle wissen, wie der Leib und das Blut Christi schmecken? Zum besseren Verständnis der Transsubstantiation?

Klingt absurd? Dann müsste auch klar sein, dass man religiösen Glauben nicht üben kann wie Rechtschreibung und Grammatik. Aber man kann lernen, respektvollen Umgang mit Andersdenkenden, Andersgläubigen und Andersgekleideten zu pflegen. Genau das zu vermitteln, wäre eine der Aufgaben der Bildungsinstitutionen in einer multikonfessionellen Gesellschaft.

Dr. Ingrid Thurner (\* 1954) ist Ethnologin und Publizistin, außerdem Lehrbeauftragte am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien.

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

verständnisvoller, fleißiger, weniger traumatisiert, besser ausgebildet etc.? Hätten sie mehr Interesse an uns und unserer Kultur? An einem friedlichen, freundlichen Miteinander? Wenn diese Menschen (die sie ja nichtsdestoweniger bleiben) dann zu wenig Geld für ihre Grundbedürfnisse und gar keine Perspektive mehr im Leben haben – was wird dann besser?

Karin Czvitkovits, 3730 Eggenburg

## Zweckmäßig und (überlebens)notwendig

„Die Fortsetzung des stummen Frühlings“ von Alice Grancy, 17. 3. Alice Grancy beginnt ihren Artikel mit den Worten „Pestizide sollen die Ernte schützen“. Sie sollen das nicht nur, bei sachgerechtem Einsatz schützen sie tatsächlich die Ernte. Dass der Biologe Johann Zaller an Alternativen forscht, ist ihm hoch anzurechnen.

Dennoch finde ich es nicht gerechtfertigt, die chemischen Pflanzenschutzmittel per se als negativ hinzustellen. Das ist eine

einseitige Betrachtungsweise, wie sie zahlreiche Nichtregierungsorganisationen meist aus populistischen Gründen vermitteln.

Ich denke, dass jeder, der mit der Produktion landwirtschaftlicher Produkte den Lebensunterhalt verdient, Pflanzenschutzmittel sinnvoll und gezielt einsetzt. Das ist nicht nur für die Herstellung gesunder, nicht verdorbener Produkte zweckmäßig und (überlebens)notwendig, sondern auch aus Kostengründen unabdingbar.

Der Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel ist genau geregelt. Sachgerechter Pflanzenschutz ist ein Qualitätsmerkmal der landwirtschaftlichen Produktion.

DI Martin Mehofer, 3471 Großriedenthal

## Symbol, nicht Accessoire

„Religionsfabriken‘ und ein Papstkreuz auf eBay“, Subtext von Anne-Catherine Simon, 20. 3.

Mitnichten ist das Kreuz als christliches Erkennungszeichen durch seine Karriere als Modeaccessoire sinnlos geworden, wie Frau Simon

## QUERGESCHRIEBEN

VON KARL-PETER SCHWARZ



# Es gibt sehr wohl einen Ausweg aus der populistischen Falle

Eine besonnene Politik der Mitte, die die Massenmigration eindämmt und die Grenzen wirksam schützt, kann eine Spaltung der Gesellschaft verhindern.

Nirgendwo in Europa entfaltete sich das destruktive Potenzial der populistischen Revolte bisher so vehement wie bei den Wahlen in Italien. Zwei Drittel stimmten dort für Parteien, die unterschiedlicher nicht sein könnten, aber zweierlei gemeinsam haben: Sie sind gegen die Migration und gegen das „Spardiktat“ der EU.

Die zwischen links und rechts oszillierende Fünf-Sterne-Bewegung erinnert mehr an Scientology als an eine politische Partei. Verglichen mit der Lega des Nationalisten und Putin-Verehrers Matteo Salvini auf der einen sowie den Neofaschisten auf der anderen Seite nimmt sich Silvio Berlusconi Forza Italia fast schon wie eine solide Partei der konservativen Mitte aus.

Es steht in den Sternen, ob nach diesem Ergebnis überhaupt noch eine Regierung zustandekommen kann. Die Italiener, die bis vor wenigen Jahren von der EU so begeistert waren, dass sie lieber von Brüssel als von Rom aus regiert werden wollten, haben sich auf ein Narrenschiff geflüchtet – in der trügerischen Hoffnung, so die nächsten Migrationsfluten überstehen zu können.

Seit 2015 gibt es ein großes Thema, das in Europa über den Ausgang von Wahlen entscheidet. „Ich möchte lieber in einem aussterbenden Volk leben als in einem, das aus vorwiegend ökonomisch-demografischen Spekulationen mit fremden Völkern aufgemischt, verjüngt wird“, schrieb der deutsche Schriftsteller Botho Strauß im Oktober 2015, als die Migrationsflut ihren Höhepunkt erreichte. So denken und wählen heute immer mehr Europäer.

Nehmen wir an, Angela Merkel und ihr Adlatus Werner Faymann hätten in der Nacht vom 4. auf den 5. September 2015 spontan, aus einem humanitären Impuls und ohne irgendwelche Hintergedanken die Grenzkontrollen aufgehoben. Dann wäre es ein klassischer Fall von Gesinnungsethik gewesen. Verantwortungsethik erfordert nämlich, die Folgen einer Entscheidung zu bedenken.

Man konnte schließlich auch damals schon wissen, dass es eine universale So-

lidarität in einer Welt der knappen Güter und der begrenzten menschlichen Ressourcen nicht geben kann. Politiker, die dessen ungeachtet die Bürger zwingen, die Gefährdung ihrer Sicherheit, ihres Wohlstands und ihrer Lebenswelt in Kauf zu nehmen, um Zuwanderern aus Afrika, Asien und dem Nahen Osten Platz zu machen, handeln nicht solidarisch, sondern missachten die legitimen Interessen des eigenen Volkes.

Millionen vorwiegend muslimischer Migranten, von denen nur wenige Anspruch auf Asyl oder subsidiären Schutz erheben können, wurde der Weg nach Europa geöffnet, ohne dass auch nur die

Parlamente befragt wurden, geschweige denn die Gemeinden und die Bürger.

Schon zu Beginn der neuen Völkerwanderung war absehbar, dass sich die Migranten ihrer kulturellen Prägungen nicht so rasch entledigen würden wie ihrer Reisedokumente. Sie tragen die Konflikte ihrer Herkunftsländer mit sich, einen virulenten Antisemitismus und eine Kultur der Gewalt, die man in Europa für überwunden gehalten hat.

Berichte über Messerstechereien, Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Migranten sind alltäglich geworden. Seit ein Afghane vor einem Wiener Restaurant auf eine Familie eingestochen hat, fühlt sich hierzulande auch die „Mitte der Gesellschaft“ bedroht. Die Leute in weniger wohlhabenden Bezirken kennen dieses Gefühl schon länger.

Vor einem Vierteljahrhundert schrieb Botho Strauß in seinem Essay „Anschwellender Bockgesang“ („Der Spiegel“, Nr. 6/1993) mit prophetischen Sätzen, die in der linken Monokultur heftige Reaktionen provozierten: „Heute ist das Gutgemeinte gemeiner als der offene Blödsinn.“ Und: „Der Mainstream macht das rechtsradikale Rinnsal groß.“

Österreich hat sich zum Glück für eine vernünftige Migrationspolitik entschieden. Wir haben guten Grund, sie zu unterstützen. Andere Länder beneiden uns darum.

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

## Zum Autor:

Karl-Peter Schwarz war langjähriger Auslands-korrespondent der „Presse“ und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Mittel- und Südost-europa. Jetzt ist er freier Journalist und Autor (kairos.blog).

“

Die Migranten tragen die Konflikte ihrer Herkunftsländer mit sich – den Antisemitismus ebenso wie eine Kultur der Gewalt.

Morgen in „Quergeschrieben“: Christian Ortner.

schreibt. Es sind Verständnis und Respekt für das Kreuz, die in unserer Gesellschaft kleiner geworden sind, aber nicht seine Bedeutung als Symbol für die Christen.

Ein Modeaccessoire ist und bleibt bedeutungslos, weil es keinen tieferen Sinn hat; das christliche Kreuz hingegen ist Ausdruck einer Lebenseinstellung mit und für den Glauben an Jesus Christus.

Martin Kolozs, 1050 Wien

## Mit zwei Geschlechtern kompliziert genug

„Was ein drittes Geschlecht bedeutet“ von Philipp Aichinger, 20. 3.

Es ist für fast jeden ziemlich ersichtlich, dass es nur zwei Geschlechter gibt. Nämlich männlich und weiblich. Bei wenigen ist es nicht klar ersichtlich, weswegen sie sich auch zu keinem Geschlecht bekennen wollen. Aber weil sie weder explizit männlich noch weiblich sind – warum soll es dann ein drittes Geschlecht sein?

Jetzt kommt der Wunsch, sich auch nicht als männlich oder

weiblich deklarieren zu müssen. Wenn nun die Politik und Verwaltung diesem Wunsch entsprechen möchten, so muss man auch hier kein neues Geschlecht – mit den verschiedensten neuen Namen – einführen, sondern ihnen einfach erlauben, ein „-“ einzusetzen. Dies wäre logisch, da sie weder männlich noch weiblich sein wollen oder sind. Schon mit zwei Geschlechtern ist das Leben kompliziert genug – wozu noch mehr?

Kristof Kossuth, 1030 Wien

## Eine Reform der besonderen Art

„Der Notfall Ambulanz wird Normalfall“ von Köksal Baltaci, 21. 3. Für diese Analyse kann von Insidern nur Zustimmung kommen. Seit Jahren wird über das Chaos auf Notfallambulanzen berichtet, auch von Ärzten als Buchautoren (z. B. Gernot Rainers „Kampf der Klassenmedizin“, Paul Brandenburgs „Kliniken und Nebenwirkungen“). Vergeblich! Statt dem Ambulanzanstrom durch wirk-

same Patientensteuerung entgegenzutreten, haben die untätigen Gesundheitsreformer einer heimischen Versicherung unbewusst zu einem neuen Produkt verholfen: Sonderklassepatienten steht als Alternative zu überrannten öffentlichen Krankenanstalten die ambulante Akutversorgung in einer Wiener Privatklinik zur Verfügung. Monatsprämie des Zusatzbausteins: 5,86 Euro. Eine Reform der besonderen Art.

Dr. Wolfgang Geppert, 1010 Wien

## IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Burkhard Bischof

E-Mail: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan, Ursula Mayer

E-Mail: [leserbriefe@diepresse.com](mailto:leserbriefe@diepresse.com)

Debatte im Internet:

DiePresse.com/debatte

Hinweis: Die abgedruckten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zeitschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.